

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

7. November 2016

### Afghanistan

#### Situation in Kunduz

Bei einem NATO-Luftangriff in der Provinz Kunduz sollen am 03.11.16 mindestens 32 Zivilisten getötet und 19 verletzt worden sein. Weiterhin sind Berichten zufolge ca. 15 Talibankämpfer ums Leben gekommen, darunter auch der Operationsleiter der Taliban für Kunduz, Mullah Taki.

Kämpfe zwischen afghanischen und internationalen Truppen in Kunduz halten an.

#### Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Rückkehrern und Einwohnern

In der nordöstlichen Provinz Takhar (im Distrikt Dasht Kala) kam es wegen des Anspruchs auf Ländereien zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Einwohnern und Rückkehrern aus Pakistan, wobei 14 Personen verletzt wurden.

#### Weitere bewaffnete Auseinandersetzungen

Auch in anderen Provinzen kam es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen Wochen folgende Provinzen betroffen: Kunar, Nangarhar, Helmand, Uruzgan, Badghis, Parwan, Jawzjan, Zabul, Paktika, Kabul, Baghlan, Logar, Sar-i-Pul (hier sollen die Taliban mehrere Dörfer übernommen haben, die von der lokalen Polizei aufgegeben worden waren), Faryab, Farah und Ghazni.

#### Gezielte Übergriffe

Am 26.10.16 starben zwei amerikanische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag in der Provinz Parwan (Zentrum). In Ghor (Westen) sollen IS-Kämpfer ca. 30 Zivilisten erschossen haben. In Paktika (Südosten) wurden 17 Menschen, darunter Polizisten, bei zwei Anschlägen verletzt. In Jawzjan (Norden) wurde ein Geistlicher von IS-Kämpfern ermordet. In der Provinz Madian Wardak (Zentrum) wurde ein Krankenhaus von Mörsergranaten der Taliban getroffen, dabei starb ein Kind und acht weitere Personen wurden verletzt.

Am 30.10.16 wurden in Kandarhar bei einem Bombenanschlag zwei Zivilisten verletzt und ein weiterer getötet.

Am 31.10.16 starben vier Zivilisten bei einem Selbstmordanschlag in Jalalabad (Nangarhar), sieben weitere wurden verletzt.

Am 01.11.16 wurden sieben Zivilisten bei der Explosion einer Straßenbombe in Parwan (Zentrum) getötet.

Am 03.11.16 wurde in Kapisa (Zentrum) ein Polizist bei einem Bombenanschlag verletzt.

Am 04.11.16 wurde in Helmand (Süden) ein Reporter von Aryana Television bei einem Bombenanschlag getötet und ein lokaler Journalist verletzt.

Am 05.11.16 wurde der Distriktsgouverneur des Distrikts Batikot in der östlichen Provinz Laghman bei einem Bombenanschlag verletzt, sein Fahrer getötet. Der stellvertretende Polizeichef der Provinz Kapisa (Zentrum) überlebte einen Bombenanschlag in Kabul. In der Provinz Ghor (Westen) entführten Anhänger des IS sieben Bauern. In Faryab (Norden) erschossen Taliban zwei Passagiere eines Reisebusses.

Am 06.11.16 wurde eine australische Staatsbürgerin in Kabul entführt.

## **Pakistan**

### **Überfall auf Polizeischule**

Am 25.10.16 griffen Anhänger des IS eine Polizeischule in Quetta (Baluchistan) an und töteten mindestens 60 Menschen. Mehr als 120 wurden verletzt.

## **Irak**

### **Kämpfe südlich von Mosul**

Regierungsgruppen rücken weiter gegen die vom IS gehaltene Stadt Mosul vor, dabei kam es u.a. zu Kämpfen in einem Vorort südlich von Mosul.

### **Sprengstoffanschläge**

Bei zwei Sprengstoffanschlägen am 06.11.16 kamen nach offiziellen Angaben mindestens 21 Menschen ums Leben, zahlreiche Personen wurden verletzt. In Tikrit und Samarra verübte der IS Anschläge mit Rettungswagen, die mit Sprengstoff beladen waren.

Am 04.11.16 wurde etwa 100 Kilometer südöstlich der Stadt Mosul ein Sprengstoffanschlag auf einen Flüchtlingskonvoi verübt, wobei 26 Zivilisten getötet wurden, die vor dem IS flohen.

## **Türkei**

### **Festnahmen von HDP-Politikern**

In der Nacht vom 03.11.16 nahmen Sicherheitskräfte elf Mitglieder der prokurdischen HDP im Rahmen einer Antiterror-Operation fest, darunter die beiden Parteivorsitzenden Selahattin Demirtas und Figen Yükkedag. Nach Medienberichten wurden sie verhaftet, weil sie Vorladungen der Staatsanwaltschaft nicht nachgekommen seien. Zudem soll seit den Festnahmen der Zugang zu sozialen Netzen und Messengerdiensten in der Türkei eingeschränkt sein. Am 05.11.16 wurden neun weitere Funktionäre der HDP festgenommen, darunter auch Provinz- und Bezirksvorsitzende in Adana. Die HDP ist mit 59 Sitzen die drittgrößte Partei im Parlament und die größte politische Vertretung der Kurden. Die Immunität zahlreicher HDP-Abgeordneter war bereits im vergangenen Mai aufgehoben worden. Staatspräsident Erdogan bezeichnet die HDP als das Sprachrohr der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Bereits in der Woche zuvor hatte die Regierung die Schließung von 15 vor allem prokurdischen Medien angeordnet, darunter die kurdische Nachrichtenagentur Diha sowie mehrere Regionalzeitungen in der Südosttürkei. Ihnen wird Propaganda für die PKK vorgeworfen. Aus Protest gegen die Verhaftung ihrer Vorsitzenden und zahlreicher weiterer Abgeordneter erklärten HDP-Vertreter am 06.11.16, sie hätten einen weitgehenden Boykott des Parlaments beschlossen und würden sich zunächst aus allen Gesetzgebungsverfahren zurückziehen.

### **Explosion in Diyarbakir**

Wenige Stunden nach der Festnahme der HDP-Politiker kam es am 04.11.16 im südosttürkischen Diyarbakir zu einer schweren Explosion durch ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in der Nähe des Polizei-Hauptquartiers. Nach Medienberichten gab es dabei mindestens acht Tote und über 100 Verletzte. Die türkische Regierung machte zunächst die PKK für den Anschlag verantwortlich, am 05.11.16 bekannten sich sowohl der IS zu der Tat als auch die kurdische Extremistengruppe TAK (Freiheitsfalken Kurdistans).

### **Festnahmen bei Cumhuriyet**

Am 31.10.16 wurden der Chefredakteur der regierungskritischen Tageszeitung Cumhuriyet, Murat Sabuncu, und vier weitere Journalisten festgenommen. Nach Medienberichten habe die Staatsanwaltschaft die Festnahme von insgesamt 14 Mitarbeitern der Zeitung angeordnet, darunter auch des Vorstandsvorsitzenden Akin Atalay. Außerdem sei der Ex-Chefredakteur Can Dündar, der sich in Deutschland aufhält, zur Fahndung ausgeschrieben worden. Nach Angaben der türkischen Staatsanwaltschaft wird die Zeitung beschuldigt, sowohl die PKK als auch die Gülen-Bewegung durch Veröffentlichungen unterstützt zu haben.

## **Weitere Entlassungen**

Am 30.10.16 wurden durch ein Notstandsdekret erneut mehr als 10.000 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst angeordnet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu seien davon vor allem Beamte des Bildungs- und Justizministeriums betroffen, darunter Lehrer und Dozenten; aber auch Mediziner und Angehörige des Militärs stünden auf der Streichliste. Seit dem Putschversuch wurden bereits über 100.000 Menschen entlassen und mehr als 35.000 verhaftet.

## **Libanon**

### **Aoun zum Staatspräsidenten gewählt**

Der 81- oder 83-jährige christliche Politiker Michel Aoun wurde am 31.10.16 zum neuen libanesischen Präsidenten gewählt. Nachdem die Wahl zum neuen Staatspräsidenten 45 Mal scheiterte, erhielt Aoun, der als Verbündeter der Hizbollah gilt, bei der Wahl im zweiten Durchgang die nötige Mehrheit (83 Ja-Stimmen, bei 36 Enthaltungen und acht ungültigen Stimmen). Die Parteien im Libanon hatten sich seit 2014 nicht auf einen neuen Kandidaten (der Staatspräsident im Libanon muss Christ sein) einigen können. Der Libanon ist seit Jahren politisch gelähmt, das Parlament in zwei Lager gespalten: in einen Block um Hariri, der von den USA und Saudi-Arabien unterstützt wird, und in einen von der Hizbollah geführten Block, dem Syrien und Iran zur Seite stehen. Mitte Oktober hatte Hariri seinen Widerstand gegen Aoun aufgegeben.

### **Hariri mit Regierungsbildung beauftragt**

Nach Meldungen vom 03.11.16 wurde Saad Hariri vom neuen Präsidenten Michel Aoun zum neuen Ministerpräsidenten ernannt und mit der Regierungsbildung beauftragt. Zuvor hatten sich im Parlament bei einer Abstimmung 112 der 127 Abgeordneten für ihn ausgesprochen (die schiitische Hizbollah, die Syrische Sozial-Nationalistische Partei sowie die libanesisch Baath-Partei stimmten gegen ihn). Hariri war bereits von 2009 bis 2011 Ministerpräsident, bis seine Regierung von der Hizbollah gestürzt wurde.

## **Syrien**

### **Kurden beginnen Offensive auf die Stadt ar-Raqqa**

Am 06.11.16 kündigten die von Kurden angeführten Syrisch Demokratischen Kräfte (SDF) an, dass sie mit 30.000 Kämpfern von verschiedenen Seiten aus auf die De-facto-Hauptstadt des IS, ar-Raqqa, vorrücken würden. Die USA und Großbritannien wollen sie mit Luftangriffen unterstützen.

### **Tote nach Luftangriffen**

Nach Meldungen der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 27.10.16 wurden bei Luftangriffen nahe einer Schule im nördlichen Syrien mindestens 35 Menschen getötet, darunter 22 Kinder und sechs Lehrer.

### **Kämpfe in Aleppo**

Rebellentruppen weiteten am 03.11.16 ihre Offensive in Aleppo aus, um die Belagerung des von ihnen kontrollierten Ostteils der Stadt zu durchbrechen. Dabei sollen mindestens zwölf Menschen getötet und mehr als 120 verletzt worden sein. Die Rebellen hatten das Angebot der russischen Streitkräfte abgelehnt, die Stadt bis 19 Uhr am 04.11.16 durch Korridore zu verlassen, so lange verzichtete Russland auf Luftangriffe. Der russische Präsident hatte für den 04.11.16 von 9 bis 19 Uhr Ortszeit einseitig eine humanitäre Pause angeordnet. Danach gab es erneut Luftangriffe auf Rebellengebiete.

## **Jemen**

### **Ein Land am Abgrund: Krieg, Machtkampf und Hungersnot**

Nach Einschätzung des UN-Nothilfekoordinators Stephen O'Brien steht das Land kurz vor dem Zusammenbruch. 80% der Bevölkerung, somit rd. 21,2 Millionen Menschen, seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Über zwei Millionen Jemeniten litten an Unterernährung. Das Land sei nur einen Schritt von einer großen Hungersnot entfernt, so O'Brian. 300.000 Unterernährte, darunter viele Kinder, seien in einem

kritischen Zustand und bräuchten sofortige Hilfe, berichtete die Hilfsorganisation Oxfam (Oxford Committee for Famine Relief). Oxfam hat überdies nach eigenen Angaben mehr als 50 Fälle der tödlichen Infektionskrankheit Cholera identifiziert. Dies sei eine der größten Herausforderungen für das Land und verschlimmere täglich die humanitäre Lage. Viele Krankenhäuser seien durch den Krieg zerstört worden.

## **Iran**

### **Justizminister Pourmohammadi plädiert für weniger Hinrichtungen**

Justizminister Mostafa Pourmohammadi hat sich dafür ausgesprochen, weniger Menschen hinzurichten. Man könne Todesurteile nicht völlig ausschließen, aber in den letzten Jahren hätten sie sich nicht immer als effektiv erwiesen. Derzeit werde überprüft, welche Strafmaßnahmen in welchen Fällen als tauglichere Alternativen zu Todesurteilen angewendet werden könnten. Ein Justiz-Untersuchungsausschuss war im Sommer zu dem Ergebnis gekommen, dass trotz vieler Hinrichtungen die Menge und Vielfalt der nach Iran geschmuggelten Drogen eher zugenommen hat. Deshalb sollte man eine Revision in Betracht ziehen, so Pourmohammadi laut Nachrichtenagentur ILNA (Iranian Labour News Agency). Auch die Justizbehörden seien landesweit mit solch einer Revision einverstanden. Iran hat weltweit eine der höchsten Hinrichtungsraten. Nach Angaben von Amnesty International wurden 2015 977 Todesurteile vollstreckt. Seit Jahresbeginn 2016 sollen bereits mehr als 700 Menschen hingerichtet worden sein. Meist ging es um Drogenkriminalität sowie sexuellen Missbrauch von Kindern.

### **Demonstrationen am Grabmal von König Kyros II.**

In Iran versammelten sich Ende vergangener Woche tausende Demonstranten in der altpersischen Residenzstadt Pasargadae (Provinz Fars) und marschierten rund um das Grabmal von König Kyros II. (559 – 530 v. Chr.). Die Protestierenden skandierten Freiheitsparolen und kritisierten laut Berichten das islamische System. Kyros II. gilt als Gründer des altpersischen Großreichs und spielte im nationalistischen Kult des letzten Schahs, Mohammed Reza Pahlavi, der 1979 durch die schiitische Revolution gestürzt wurde, eine große Rolle. Deswegen wurde die Demonstration von manchen Beobachtern als monarchistisch eingestuft. Laut International Business Times (US-Onlinepublikation) hatten die Behörden die Proteste rund um den Geburtstag von Kyros II. erwartet und durch Absperrungen vergeblich zu verhindern versucht.

### **Iran startet „nationales Internet“**

Iran startete das nationale Internet, um damit das jetzige System – ein stark gefiltertes Internet – zu ersetzen. Kritiker befürchten, dass dahinter eher der Versuch steckt, die Online-Kommunikation der Iraner weiter einzuschränken. Schon bisher werden soziale Netzwerke wie Twitter, Instagram und Facebook von den Behörden geblockt. Viele Iraner verwenden Proxy-Seiten und Virtual Private Networks (VPN), um die blockierten Inhalte abrufen zu können.

## **Libyen**

### **Mehrere Hundert Tote im Mittelmeer**

Am 02.11.16 kenterten zwei Boote mit bis zu insgesamt 270 Menschen an Bord. 31 Migranten konnten gerettet werden. Tote wurden noch nicht geborgen. Die meisten Verunglückten sollen aus Subsahara-Afrika stammen. Gerettete berichten, die Schleuser hätten auf die Migranten geschossen und so gezwungen, auf die seeuntüchtigen Boote zu gehen. Laut IOM sind 2016 bereits 4220 Menschen beim Fluchtversuch über das Mittelmeer nach Europa ums Leben gekommen.

### **Bombenanschlag in Bengasi**

Bei einem Bombenanschlag am 29.10.16 im Zentrum der Stadt Bengasi im Osten Libyens sind Berichten zufolge mindestens vier Menschen getötet und 23 verletzt worden. Der Sprengsatz sei in einem belebten Stadtteil mit vielen Cafés explodiert, berichtete die libysche Nachrichtenseite Alwasat. Unter den Toten befinde sich auch der politische Aktivist und TV-Moderator Mohammed Bougages, der als Anhänger des mächtigen Generals Khalifa Haftar gilt.

## **Hintergrund**

In Libyen herrscht seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi in 2011 politisches Chaos. Die von der UNO unterstützte Regierung der Nationalen Einheit hat nur einen Teil des Landes unter Kontrolle. Khalifa Haftar bekämpft in Bengasi Islamisten.

## **Nigeria**

### **Doppelsebstmordanschlag in Maiduguri**

Am 29.10.16 gegen 7 Uhr ereignete sich ein Doppelsebstmordanschlag in Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno. Beim ersten Anschlag rannte eine Selbstmordattäterin in eine Gruppe von Personen, die sich am Eingang des Lagers Bakassi für intern Vertriebene befanden. Dort zündete sie einen Sprengsatz. Etwa zehn Minuten später sprengte sich eine zweite Selbstmordattäterin ca. eine Meile vom ersten Anschlag entfernt vor einem Tanklager der nationalen Ölgesellschaft NNPC in die Luft. Laut Polizeiangaben starben bei beiden Anschlägen acht Menschen. Bei den der islamistischen Terrororganisation Boko Haram zugeschriebenen Anschlägen handelt es sich um die ersten Bombenanschläge in der Stadt seit Monaten.

## **DR Kongo**

### **Demonstration der Opposition von Sicherheitskräften verhindert**

Am frühen Morgen des 05.11.16 schoss die Polizei in Kinshasa mit Tränengas auf etwa 60 Personen. Diese hatten sich in der Nähe des Anwesens von Oppositionsführer Etienne Tshisekedi versammelt. Ursprünglich war an diesem Tag um 10 Uhr eine von den Behörden verbotene Demonstration der Opposition gegen eine befürchtete verfassungswidrige Amtszeitverlängerung von Staatspräsident Kabila geplant gewesen. Um Gewalttätigkeiten zu vermeiden, war die Demonstration jedoch abgesagt worden. Seit 22.09.16 herrscht in Kinshasa ein Demonstrationsverbot, nachdem bei Demonstrationen der Opposition am 19. und 20.09.16 rund 50 Personen von den Sicherheitskräften getötet worden waren.

## **Kenia**

### **Tote bei Anschlag**

In der Nacht zum 25.10.16 töteten Angehörige der al-Shabaab bei einem Anschlag auf ein Gästehaus in der nordostkenianischen Stadt Mandera an der Grenze zu Äthiopien und Somalia zwölf Menschen. Sie verschafften sich mit einem Sprengsatz Zugang zu dem Gebäude und erschossen die Anwesenden. Die Miliz bekannte sich zu dem Anschlag. Bereits am 06.10.16 hatte sie einen Wohnblock in Mandera angegriffen (vgl. BN v. 10.10.16).

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Französische Sangaris-Mission beendet**

Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian verkündete am 31.10.16 offiziell das Ende der im Dezember 2013 begonnenen Militärmission Sangaris. Zeitweise waren bis zu 2.500 französische Soldaten im Land. 350 Soldaten sollen jedoch die etwa 12.800 Sicherheitskräfte umfassende UN-Friedensmission MINUSCA weiterhin unterstützen.

### **Tote bei mehreren Vorfällen**

Einem MINUSCA-Bericht vom 31.10.16 zufolge töteten Kämpfer der Séléka bei einem Überfall u.a. auf ein Lager Binnenvertriebener in Kaga-Bandoro am 12.10.16 (vgl. BN v. 17.10.16) mindestens 37 Menschen. MINUSCA-Truppen töteten zwölf der Angreifer. Mehr als 10.000, nach anderen Angaben mindestens 20.000 Menschen, flohen zu einer UN-Basis nahe Kaga-Bandoro.

Laut MINUSCA starben am 27.10.16 nahe der Stadt Bambari 15 Menschen bei Kämpfen zwischen Milizen der Séléka und der Anti-Balaka. In einem Hinterhalt an der Straße zwischen Bambari und Grimari wurden am 28.10.16 sechs Sicherheitskräfte und vier Zivilisten getötet.

Als MINUSCA-Truppen am 24.10.16 in der Hauptstadt Bangui gegen mehrere hundert Demonstranten voringen, die gewaltsam gegen die Anwesenheit der UN-Friedensmission im Lande protestierten, wurden vier Personen getötet und mehrere verletzt.

## **Mali**

### **Islamisten rufen einseitigen Waffenstillstand aus**

Die Islamistengruppe Ansar Dine hat einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Der Präsident des Hohen Islamrates des Landes, Mahmud Dicko, bestätigte am 31.10.16 eine entsprechende Ankündigung von Ansar-Dine-Chef Ijad Ag Chali erhalten zu haben. Das malische Nachrichtenportal malijet.com veröffentlichte ein Schreiben Ag Chalis, in dem dieser erklärte, er habe sich auf Bitten Dickos zu einem Ende der Angriffe bereiterklärt. Der Islamisten-Chef äußerte sich allerdings nicht dazu, wie lange die Waffenruhe dauern soll und was er im Gegenzug von den malischen Behörden verlangt. Nach AFP-Angaben verweist Ag Chali in seinem Schreiben darauf, dass sich das Angebot des Einlenkens nicht auf das Vorhaben einer Durchsetzung der Scharia auf malischem Territorium bezöge.

## **Somalia**

### **Kampfhandlungen**

Nach Presseberichten vom 06.11.16 kamen bei Kämpfen verfeindeter Milizen in der Stadt Galkayo (Region Mudug) mindestens 24 Personen ums Leben, 80 weitere wurden verletzt. Galkayo ist geteilt in einen nördlichen Teil, der zu Puntland gehört und einen südlichen, der Verwaltungssitz der teilautonomen Region Galmudug ist. Unidentifizierte Schiffe beschossen am 02.11.16 die seit dem 26.10.16 von IS-Kämpfern besetzte puntländische Hafenstadt Qandala (Region Bari). Am 02.11.16 waren Truppen Puntlands aus Bossaso ausgerückt, um Qandala zurück zu erobern.

### **Anschläge**

Am 01.11.16 griffen al-Shabaab-Kämpfer einen AMISOM-Konvoi nahe der Stadt Mahadaay (Region Middle Shabelle) mit einer Sprengfalle an. Vier kenianische Soldaten starben am 02.11.16 bei einer al-Shabaab zugeschriebenen Explosion einer Sprengfalle nahe der Ortschaft el Wak (Region Gedo). Zwei mutmaßliche al-Shabaab-Angehörige töteten am 02.11.16 im Stadtteil Wadajir von Mogadischu einen örtlichen Ältesten beim Verlassen der Moschee. Die Polizei nahm die Täter nach einem Schusswechsel fest.

### **Sicherheitslage**

Am 01.11.16 schlossen die Präsidenten von Puntland und Galmudug in Abu Dhabi ein Waffenstillstandsabkommen. Zu Zusammenstößen zwischen Einheiten Puntlands und Galmudugs war es in den letzten Wochen gekommen, nachdem Ende September bei einem Luftschlag der USA 14 Angehörige der Sicherheitskräfte Galmudugs ums Leben gekommen waren. Galmudug hatte Puntland für fehlerhafte Geheimdienstinformationen, die zu der Bombardierung geführt hätten, verantwortlich gemacht.

Somalische Einheiten zogen sich nach Angaben aus Militärkreisen wegen ausgebliebener Soldzahlungen am 02.11.16 aus der Ortschaft Goofgaduud nahe der Stadt Baidoa (Region Bay) zurück. Al-Shabaab-Kämpfer nahmen daraufhin Goofgaduud ein. In den vergangenen Wochen führte der Abzug von Teilen der in Somalia aktiven äthiopischen Einheiten in den Regionen Hiraan und Bakool zu Gebietsgewinnen für die al-Shabaab.

Der Verteidigungsminister Burundis verkündete am 03.11.16, das burundische AMISOM-Kontingent könne wegen ausstehender Soldzahlungen zurückgezogen werden.

## **Südsudan**

### **Chef der Blauhelme nach Untätigkeitsvorwürfen entlassen**

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon entließ am 02.11.16 den Kommandanten der UN-Mission in Südsudan (UNMISS), den kenianischen Generalleutnant Johnson Mogo Kimani Ondieki, fristlos. Hintergrund war der Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission, der das Verhalten der UN-Blauhelmsoldaten in Südsudan massiv kritisierte. Den Soldaten wurde vorgeworfen, beim Schutz von Zivilisten und UN-Mitarbeitern versagt zu haben. Kommando- und Kontrollstrukturen hätten nicht funktioniert, die UN-Einheiten hätten bei Kämpfen in der Hauptstadt Juba zwischen Rebellen um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar und südsudanesischen Einheiten, die im Juli 2016 ausgebrochen waren, chaotisch und unwirksam reagiert und sich risikoscheu verhalten. Die Soldaten hätten auch dann nicht eingegriffen, als sie zu Augenzeugen schwerer Gewalttaten gegen Zivilisten geworden seien.

## **Äthiopien**

### **Kabinettsumbildung nach wochenlangen Unruhen**

Nach seit Monaten anhaltenden Unruhen hat die Regierung das Kabinett umgebildet. 21 der insgesamt 30 Ministerposten seien neu besetzt worden, teilte Premierminister Hailemariam Desalegn am 01.11.16 in einer Fernsehansprache mit. Die Regierung hoffe, dass sich dadurch die Lage in dem ostafrikanischen Land entspanne. Das neue Kabinett solle benachteiligte Bevölkerungsgruppen besser repräsentieren, hieß es weiter. Zeitgleich wurden rund 2.000 regierungskritische Demonstranten wieder auf freien Fuß gesetzt, die zwei Wochen zuvor aus Sicherheitsgründen inhaftiert worden waren.

Seit November 2015 kommt es zu Massenprotesten, nachdem die Regierung neue Bauprojekte um die Hauptstadt Addis Abeba ankündigte. Kritiker fürchten, das Vorhaben werde die ländliche Bevölkerung benachteiligen. Auf die zunehmende Gewalt reagierte die Regierung Anfang Oktober mit der Verhängung eines sechsmonatigen Ausnahmezustandes, der es der Polizei erlaubt, Personen für die Dauer des Notstands ohne Haftbefehl festzuhalten (vgl. BN vom 24.10.16).

## **Eritrea**

Opposition:

Zwei Angehörige der eritreischen Luftwaffe sollen nach Angaben oppositioneller Seiten mit ihren Flugzeugen nach Äthiopien geflohen sein. Sie seien am 26.10.16 in Mekele, der Hauptstadt der nördlichen Tigray-Region an der Grenze zu Eritrea gelandet. Ein Sprecher der oppositionellen Red Sea Afar Democratic Organization (RSADO) nannte die Namen der beiden Piloten und erklärte, dass äthiopische Kampfflugzeuge die Jets bei ihrem Eintritt in den Luftraum des Landes begleitet hätten.

Zuletzt hatten sich 2012 zwei Mitglieder der eritreischen Luftwaffe mit der Präsidentenmaschine nach Saudi-Arabien abgesetzt und dort um politisches Asyl gebeten. Beobachter schätzen, dass die eritreische Luftwaffe kaum noch über betriebstaugliche Flugzeuge verfügt.

## **Westbalkan**

### **Zunahme der freiwilligen Rückkehr**

Bis zum 30.09.16 wurden über das REAG/GARP Programm über 29.000 Anträge auf freiwillige Rückkehr in die Westbalkanländern genehmigt. Die größte Gruppe mit 13.828 Personen bildeten Albaner, gefolgt von Serben (5.247), Kosovaren (4.502), Mazedoniern (3.752) sowie Bosniern (1.286). Hauptrückkehrregion 2015 war ebenfalls der Westbalkan mit über 30.000 Ausreisen. Auch hier waren Albaner mit 11.268 Personen die größte Gruppe, an zweiter Stelle Kosovaren mit 8.122 Personen, dann Serben (6.122) Mazedonier (2.895), Bosnier (1.765) sowie Montenegriner (645). Hinzu kommen durch die Bundesländer geförderte freiwillige Ausreisen sowie (nicht erfasste) Ausreisen von Personen ohne Förderung.

### **Zunahme der Abschiebungen**

Ebenfalls gestiegen ist die Zahl der Abschiebungen. Bis Ende Juni 2016 wurden insgesamt über 13.000 Menschen abgeschoben (2015: ca. 20.000), davon ca. 75 % in die Westbalkanländer.

### **Zunahme der Arbeitsmigration**

Bis September 2016 wurden von den deutschen Auslandsvertretungen in Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro bereits 15.500 Arbeitsvisa nach § 26 Abs. 2 BeschV ausgestellt (vgl. BN v. 24.10.16). Zudem können Arbeitnehmer wie bisher mit der sog. Blue Card einreisen. Insgesamt zählte die Bundesagentur für Arbeit in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 daher 27.508 erteilte Zustimmungen für Arbeitsmigranten aus dem Westbalkan.

### **Rückgang der Asylzahlen**

Die Zugangszahl (Asylerstanträge) aus den sechs Westbalkanländern betrug bis zum 30.09.16 rund 29.200 (2015: noch 120.882), das sind 4,5 % aller gestellten Anträge (643.211).

## **Moldau**

### **Stichwahl ums Präsidentenamt nötig**

Zum ersten Mal seit fast 20 Jahren fanden am 30.10.16 direkte Präsidentschaftswahlen statt. In der ersten Runde hat der Kandidat der prorussischen Sozialisten, Igor Dodon, mit 48 % die absolute Mehrheit knapp verpasst. Die nach Westen orientierte Liberale Maia Sandu erzielte 38 %. Die Stichwahl findet am 13.11.16 statt. Die Wahl gilt als Richtungswahl für die künftige Ausrichtung des Landes. Sandu von der Mitte-Rechts-Opposition setzt auf die weitere europäische Integration. Dodon plädierte für eine strategische Partnerschaft mit Russland. Seit Juli 2014 ist Moldau mit der EU durch ein Assoziierungsabkommen verbunden.

Moldau mit 3,5 Millionen Einwohnern gilt als einer der ärmsten Staaten Europas. Die politischen Verhältnisse sind instabil. Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 sucht die ehemalige Sowjetrepublik einen Weg zwischen Russland und der EU. Seit 2009 regieren wechselnde pro-westliche Bündnisse. Trotzdem sind oligarchische Machtstrukturen, Korruption und Rechtsunsicherheit weit verbreitet.

## **Georgien**

### **Regierungspartei gewinnt Stichwahlen**

Die Parlamentswahl in Georgien hat der Regierungspartei Georgischer Traum nach offiziellen Angaben eine Mehrheit gebracht, mit der sie Verfassungsänderungen beschließen kann. In der zweiten Wahlrunde am 30.10.16 hat die Partei Georgischer Traum von den 50 Wahlkreisen, in denen eine Stichwahl um jeweils ein Mandat ausgetragen wurde, 48 gewonnen. Die übrigen zwei Sitze gingen an unabhängige Kandidaten.

Bereits in der ersten Wahlrunde am 08.10.16 hatte die prowestliche Regierungspartei Georgischer Traum mit 48,7 % die Mehrheit der Stimmen bekommen, die größte oppositionelle Partei Vereinigte Nationale Bewegung landete mit 27,1 % der Stimmen auf dem zweiten Platz. Den amtlichen Ergebnissen zufolge erhält die Regierungspartei Georgischer Traum nun 115 der insgesamt 150 Parlamentssitze. Die Vereinigte Nationale Bewegung kommt auf 27 Mandate, die prorussische Allianz der Patrioten auf sechs und die übrigen zwei Sitze gehen an unabhängige Kandidaten. Mit seiner Dreiviertelmehrheit kann der Georgische Traum nicht nur erneut die Regierung stellen, sondern auch Verfassungsänderungen durchsetzen.

## **China**

### **Hongkong: Proteste wegen Intervention des Nationalen Volkskongresses**

Nachdem zwei am 04.09.16 in das Hongkonger Parlament gewählte Abgeordnete der Opposition den Text ihres Amtseides am 12.10.16 eigenmächtig geändert hatten, um gegen die Einflussnahme der Zentralregierung auf Hongkong zu protestieren, intervenierte am 07.11.16 der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China. Er schloss die beiden Abgeordneten auf der Grundlage des Artikels 104 des Hongkonger Grundgesetzes, wonach ein Abgeordneter Hongkongs sowohl Hongkong als auch der Volksrepublik China Treue schwören soll, aus Hongkongs Parlament aus. Bereits am 06.11.16 demons-

trierten in Hongkong Tausende gegen das Vorgehen des nationalen Parlaments. Es wird als Einmischung empfunden, zumal eine Entscheidung des Hongkonger High Courts über den Status der beiden Abgeordneten noch aussteht.

Hongkongs Parlament hatte den Eid der beiden Abgeordneten für ungültig erklärt. Eine zweite Eideszeremonie am 19.10.16 hatten der Zentralregierung nahestehende Abgeordnete verhindert, indem sie den Sitzungssaal verließen.

## **Philippinen**

### **Abu Sayyaf entführt Deutschen**

Die islamistische Gruppe Abu Sayyaf gab bekannt, am 05.11.16 einen 70-jährigen Deutschen vor der Küste der im Süden des Landes gelegenen Provinz Tawi-Tawi entführt und seine Begleiterin getötet zu haben. Das philippinische Militär fand am 06.11.16 vor der Küste der nahe gelegenen Provinz Sulu auf der Yacht der beiden die Leiche der Frau. Abu Sayyaf entführt immer wieder Ausländer, um Lösegeld zu erpressen.